

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931

27.3.1931 (No. 73)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karl-Friedrich-
Straße Nr. 14
Verlagspreis
Nr. 988
und 984
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
G. A. M. e. n. d.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabatt auf die Gesamtbilanz zu rechnen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Umfassende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Vortreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung, Betriebsänderung oder in denen unserer Verleger, hat der Abonnent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralvertriebsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Willenswelt und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Volksführerblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Das Problem der Arbeitslosigkeit

Heute Nachmittag Kabinettsitzung

BR. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Die Mitglieder des Reichskabinetts haben sich heute vormittag in der Reichskanzlei zu einer Besprechung versammelt, die einer Beratung der kommenden Aufgaben gilt. Nachdem der Reichstag sich verlagert hat, will man sich nun offenbar darüber klar werden, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen hat, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Im Mittelpunkt bei diesen Erörterungen steht die Arbeitslosenfrage.

Das ergibt sich schon daraus, daß auch der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an den Beratungen teilnimmt. Er berichtet über den Stand der Arbeiten des Ausschusses, dem bekanntlich aufgegeben worden ist, Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu machen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat jedenfalls die Absicht, nun mit allen verfügbaren Mitteln an das große Problem der Arbeitslosigkeit heranzugehen.

Heute nachmittag findet eine Kabinettsitzung statt, in der vor der Osterpause noch die Dinge ausgearbeitet werden sollen, die infolge der starken Beanpruchung der Kabinettsmitglieder durch die parlamentarischen Arbeiten noch nicht zur Erledigung gekommen sind.

Vorausichtlich Sommertagung des Reichstags

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Obwohl sich der Reichstag gestern bis zum 13. Oktober verlagert hat, bedeutet das noch nicht, daß diese Pause nun wirklich auch eingehalten wird. Wie Präsident Lohse schon gestern festgestellt hat, kann eine Mehrheit des Reichstags immer eine frühere Einberufung des Reichstags herbeiführen. Eine Sommertagung des Reichstags liegt nach wie vor im Interesse der Sozialdemokraten, die sich ausdrücklich vorbehalten, die Einberufung zu beantragen, wenn politische Ereignisse eintreten, die nach ihrer Auffassung eine Reichstagsungang notwendig machen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß es an solchen Ereignissen in diesem Jahr nicht fehlen wird. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Regierung nach Abschluß der Sachverständigenarbeiten eine Reihe von Reformen in der Arbeitslosenversicherung plant, die auf dem Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen. Diese Notverordnung, die in den nächsten Monaten zu erwarten ist, wird voraussichtlich für die Sozialdemokraten schon der Anlaß sein, die Einberufung des Reichstags zu verlangen. Eine Mehrheit für einen solchen Antrag ist ohne weiteres vorhanden, da auch die Kommunisten dafür eintreten würden, daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die durch ihr Wiedererscheinen die Mehrheitsverhältnisse ändern könnten, sich einer Reichstagsberufung widersetzen würden, ist nicht anzunehmen. Mit einer Sommertagung des Reichstags ist also trotz der Verlegung bis zum 13. Oktober durchaus zu rechnen.

Berlins neue Verfassung

Bürgermeister Scholz droht mit Rücktritt

Der Preussische Landtag hat am Mittwoch das Gesetz über die neue Stadtverfassung von Berlin endgültig in dritter Lesung mit 233 Stimmen der Regierungsparteien gegen nur 18 Stimmen angenommen, wobei sich der größte Teil der Opposition der Reichsparteien und der Kommunisten nicht an der Abstimmung beteiligte.

Die Reform ist sehr einschneidend. Der neue Oberbürgermeister, der im nächsten Monat gewählt werden soll, wird erheblich größere Rechte haben als bisher. Nicht mehr der Magistrat, sondern der Oberbürgermeister stellt die städtischen Beamten an und der Oberbürgermeister ist auch nicht mehr der Kollege der Stadträte, sondern ihr Führer. Das wichtigste in der Reform aber ist die Beschränkung der Aufgaben des Stadtparlamentes. Ein großer Teil ihrer Aufgaben geht an einen 45-gliedrigen Stadtbürgermeisterausschuß über, der nicht öffentlich tagt. Damit hofft man einen großen Teil der Verwaltungsarbeit den erregten Diskussionen der Parteipolitik in der Stadtverordnetenversammlung zu entziehen. Der Magistrat wird erheblich verkleinert und wird außer dem Oberbürgermeister und den beiden Bürgermeistern nur noch neun bezoldete und sechs ehrenamtliche Stadträte umfassen, die sämtlich von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind. Das neue Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Preussischen Staatsrats, an der aber kein Zweifel besteht.

Bürgermeister Scholz hat dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß er für den Fall des Inkrafttretens des Gesetzes in seiner jetzigen Form sein Amt nicht weiterführen könne, da die Grundzüge seiner Stellung völlig verändert und seine Rechte verlegt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag einen Vorschlag der Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Zentrums auf Kenntnisnahme des Rücktrittsgesuches von Bürgermeister Scholz mit 83 gegen 75 Stimmen angenommen. Darauf erklärte der Vorsitzende, daß nach der Geschäftsordnung der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister nicht zur Abstimmung kommen könne. Auch die Mehrheit des Hauses entschied in diesem Sinne. Kurz nach Mitternacht wurde die Debatte über einen 75-Millionen-Zwischkredit fortgesetzt. Gegen 1 Uhr früh wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der dem Magistrat die Zustimmung zur Aufnahme eines Kredits verleiht.

Der österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Scherff, ist zu Besprechungen über Fragen, vor allem des Arbeitsrechtes, in Berlin eingetroffen.

Letzte Nachrichten

Heute Reichsratsitzung

Um die Steuererhöhungen

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Der Reichsrat tritt um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung auch bereits die Stellungnahme zu den Reichstagsbeschlüssen der letzten Tage steht, zum Etat, zu den Steuererhöhungen, zur Zollvorlage usw. Es ist aber noch nicht sicher, daß die endgültige Entscheidung des Reichsrats, namentlich über die Steuern, erfolgt. Die Reichstagsausschüsse haben schon heute vormittag mit der Beratung über die Etats begonnen. Die Reichsregierung ist bemüht, einen Einspruch des Reichsrats gegen die Steuererhöhungen herbeizuführen. Ob das gelingt, läßt sich noch nicht übersehen. Wenn es nicht möglich ist, die Einspruchserhebungen bis zum Nachmittag zum Abschluß zu bringen, wird am Samstagmittag eine weitere Vollziehung des Reichsrats stattfinden, um den Etat endgültig zu verabschieden.

Wie die „Germania“ erfährt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, die preussischen Stimmen im Reichsrat für den Einspruch gegen die Verdoppelung des Einkommensteuerzuschlages für Einkommen über 20 000 M abgeben zu lassen. Dem Blatt zufolge kann nunmehr mit Sicherheit erwartet werden, daß der Einspruch eine Mehrheit findet und dementsprechend die Verdoppelung des Zuschlages nicht Gesetz werden wird. Gegen die Verdoppelung der sog. Sanktionssteuer werde die preussische Regierung nicht Einspruch erheben, infolgedessen sei es hier zum mindesten sehr fraglich, ob ein Einspruch des Reichsrates zustandekommen wird.

Keine Genehmigung des Schenker-Vertrages

Die Reichsbahn sucht einen Ausgleich

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Der Reichsverkehrsminister hat dem in der Öffentlichkeit bekannten Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, und der Firma Deutsche Bahnspedition Schenker & Co., G. m. b. H. in Berlin, über den Vollfrachtgut-, Sammelbesitz-, Verkehrsverwendungs- und Kraftwagenverkehr in der vorgelagten Fassung namens der Reichsregierung, die nach § 31 Ziffer 4 des Reichsbahngesetzes vorbehaltene Genehmigung verweigert. Diese Entscheidung ist am 26. März der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mitgeteilt worden.

Von Reichsbahnseite wird mitgeteilt: Es bestätigt sich, daß der Reichsverkehrsminister der Reichsbahn mitgeteilt habe, daß er der jetzigen Fassung des Bahnspeditionsvertrages die Genehmigung verweigere. Demgegenüber muß an den Standpunkt der Reichsbahn erinnert werden, daß der Bahnspeditionsvertrag nicht der Genehmigung der Reichsregierung bedürfe. Auf der anderen Seite wurde von der Reichsbahn nach der letzten Verwaltungsratsitzung vor einigen Tagen die Auffassung vertreten, daß in gemeinsamen Beratungen mit der Reichsregierung sowie mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft ein Ausgleich in der Bahnspeditionfrage gesucht werden muß.

Gandhi droht mit Selbstmord

BR. London, 27. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Karachi: In einer Rede vor einer ungeheuren Versammlung kam Gandhi gestern auf die Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Calcutta zu sprechen und sagte: Wenn Hindus und Mohammedaner fortfahren, Indien zu spalten, dann werde ich mich zurückziehen und freiwillig den Suizid sterben. Über die persönlichen Beschimpfungen, denen er am Tage zuvor ausgesetzt war, sagte er: Ihr könnt mich ermorden, Ihr könnt mir die Kehle durchschneiden, aber selbst wenn Ihr Gandhi tötet, werdet Ihr Gandhis Sache nicht töten.

Gandhi wurde, als er zur Tagung des Indischen Nationalkongresses in Karachi ankam, von einer hauptsächlich aus Jugendlichen bestehenden Menschenmenge mit wütenden Niedertrümpfen empfangen. Es handelt sich um Demonstrationen radikaler Nationalisten und Kommunisten. „Verräter“ und „Mörder“-Rufe begleiteten Gandhi und andere gemäßigte Mitglieder des Kongresses auf einem langen Weg.

Der Konflikt in Thüringen. Der Haushaltsausschuß des Thüringischen Landtags nahm am Donnerstag auf Antrag der thüringischen Sozialdemokratie mit den Stimmen der Volkspartei folgende Entscheidung an: „Der Landtag mißbilligt die Berufung des nationalsozialistischen Rassenforschers Prof. Dr. Günther an die Universität Jena, da ein sachlich-wissenschaftliches Bedürfnis für eine solche Berufung nicht vorliegt und die Einrichtung völlig überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann.“ Ferner wurde ein volksparteilicher Antrag angenommen, der die Landesregierung beauftragt, den von dem Volksbildungsminister Friedr. als Fachberater für Kunstangelegenheiten beauftragten nationalsozialistischen Redakteur Dr. Biegler unverzüglich aus seinem Tätigkeitsbereich zu entfernen.

Übergang der Steuerverwaltung Braunschweigs auf das Reich. Im Braunschweigischen Landtag wurde am Donnerstag die Vorlage betr. Übertragung von Geschäftsbereich der Landessteuerverwaltung auf die Reichsfinanzbehörde angenommen. Somit gehen Veranlagung, Erhebung und Verteilung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer auf das Reich über.

Wirtschaftliche Umschau

Badische Handelspflanzen: Zuckerrüben und Zichorie

Neugruppierung in der Eisenproduktion

Mit der nun vor dem Abschluß stehenden Neuordnung der deutschen Zuckerrückwirtschaft hat sich auch die kürzliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer beschäftigt. Dabei kamen die Wünsche der badischen bäuerlichen Zuckerrübenproduzenten nochmals zum Ausdruck. Die Zuckerrübe ist eines der wichtigsten badischen Handelsgewächse. Ihre Anbaufläche hat sich in Baden seit 1925 von 2000 auf rund 4000 Hektar erhöht, und übertrifft damit die größte bisherige Anbaufläche (im Krieg 1915) um 1000 Hektar. Durch die geplante Neuordnung würden alle badischen Landwirte, die in der letzten Zeit (1929 und 1930) den Rübenbau neu aufgenommen hatten, von der Rübenlieferung an die Fabriken ganz ausgeschlossen werden, und auch die übrigen Kauflieferanten der Zuckerrückwaren starke Einschränkungen erfahren. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß der bäuerliche Zuckerrübenbau, wie er besonders im Süddeutschland und Baden (Kraichgau und Nordbaden) betrieben wird, wirtschaftlicher ist als der in den norddeutschen großen Gütern, da der Bauer wegen seiner verhältnismäßig stärkeren Viehhaltung besser imstande ist, die Nebenprodukte, Schmelz usw., auszunutzen, und außerdem keine ausländischen Arbeitskräfte beschäftigt. Es handelt sich also sowohl um wirtschaftliche, wie auch volkswirtschaftliche Argumente, die es gebieterisch verlangen, daß der bäuerliche Produzent bei der neuen Festsetzung der Rübenkontingente nicht zugunsten der norddeutschen Großproduzenten benachteiligt wird. Die Badische Landwirtschaftskammer verlangt auch, daß die Kontingentflächen nicht alle vier Jahre, sondern alljährlich festzusetzen seien.

Die künftige deutsche Zuckerrückwirtschaft wird durch eine Verordnung geregelt, die das Reichskabinett bereits passiert hat und gegenwärtig im Reichsrat liegt. Diese Verordnung soll die Voraussetzung für die Verwirklichung des internationalen Zuckerrückkommens schaffen. Alle deutschen Fabriken werden zwangsweise zu einer „Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerrückindustrie“ zusammengefaßt werden, die künftig unter Berücksichtigung der internationalen Vereinbarungen Ausfuhr, Erzeugung und Absatz zu regeln hat, wobei der Reichsernährungsminister Einspruch erheben kann. Die Vereinigung hat auch das internationale Abkommen zu unterzeichnen. Ein Reichsausschuß, zusammengesetzt aus je drei Vertretern der Industrie und der Rübenlieferanten, soll unter Vorsitz des Reichsernährungsministers die Kontingentverteilung regeln, die Unterverteilung soll durch Bezirksausschüsse für die verschiedenen Erzeugungsgebiete geschehen. Auch ein Schiedsgericht ist vorgesehen. Das Gesamtkontingent der deutschen Zuckerrückindustrie ist auf 41 Mill. Zentner festgesetzt und auf die einzelnen Fabriken bereits umgelegt worden. Jede Fabrik muß 15 Proz., darf aber nicht mehr als 20 Proz. der Erzeugung ausführen.

Die Zichorienproduzenten, darunter auch die badischen, sind in Berlin vorstellig geworden, um einen Verwendungszwang eines gewissen Anteils inländischer Zichorie bei der Herstellung von Kaffeeersatzmitteln durchzusetzen. Die Zichorie, die auch in Württemberg und einigen Gebieten Norddeutschlands angebaut wird, umfaßt in Baden, nachdem der Anbau vor dem Krieg dauernd abgenommen hatte, in der Nachkriegszeit aber wieder angestiegen war, 1927 annähernd 933 ha Anbaufläche, sank aber dann bis auf 659 ha 1930 herab. Der Anbau erfolgt in einer Reihe Gemeinden des Pfing- und Kraichgauer, u. a. Gondelsheim, Eppingen, Rohrbach, Hilsbach. Die Zichorie, eine Kulturform der bekannten, vielfach an Wegen zu findenden blau-blumigen Wegwarte und eine Verwandte zweier Salatgewächse, der Endivie und der Chicorée, hat eine rübenartige Wurzel, die zerkleinert und geröstet wird und den Grundstoff zu den bekannten Kaffeeergüssen und Kaffeeersatzmitteln liefert, wie sie u. a. die Firma Frank Söhne in Ludwigsburg herstellt. Die Zichorienbauern wollen stärkere Berücksichtigung ihrer Produkte in der verarbeitenden Industrie, die auch auf ausländische, namentlich die billige belgische Zichorie zurückgreift. Da es sich um das Gebiet des badischen Zuckerrübenbaues handelt, der ja auf jeden Fall Einschränkungen erfahren wird, würde ein besser gesicherter Absatz der Zichorienrüben den Landwirten die Umstellung erleichtern.

tern. Daß es sich um eine volkswirtschaftlich doch nicht belanglose Frage handelt, mag daraus zu ersehen sein, daß Deutschlands mengenmäßiger Verbrauch an Zichorie den Verbrauch an Bohnenkaffee übersteigt.

In der Eisen erzeugenden Industrie hat sich eine Neugruppierung vollzogen. Diese entstand dadurch, daß die Charlottenhütte im Siegerland (im Besitz des bekannten, auch an der Vereinigten Stahlwerke AG. interessierten Großindustriellen Flied) und die Maximilianshütte, deren Schwerpunkt in Bayern liegt, die aber auch in Thüringen (Unterwellenborn) ein Werk besitzt (ihre Aktien befinden sich zum größten Teil in den Händen der Danabank und der Deutschen Bank), die Aktienmehrheit der Mitteldeutschen Stahlwerke AG. erwarben. Die Mitteldeutschen Stahlwerke befanden sich bisher im Besitz des iog. Stahltrüsts, der Vereinigten Stahlwerke AG. in Düsseldorf. Diese behalten übrigens bei den Mitteldeutschen Stahlwerken eine Beteiligung von 25 Proz.

Die Neugruppierung hat offenbar das Ziel, in den Gebieten der beteiligten Hütten, also in der süd- und mitteldeutschen Eisen- und Stahlindustrie, neben der bereits bestehenden gemeinsamen Verteilung des Abzuges eine einheitlichere Produktionspolitik in die Wege zu leiten. Dabei bleibt eine enge Zusammenarbeit mit dem Stahltrüst bestehen, der seinerzeit, 1926, aus Gesellschaften mit einem Drittel der gesamten deutschen Hoheisenerzeugung ja gerade gegründet wurde, um die Produktion zu spezialisieren und rationalisieren, dergestalt, daß die einzelnen Produkte an bestimmten, nämlich den rentabelsten Stellen, hergestellt werden. Nun wird jetzt an Stelle der im Stahltrüst bisher wohl übersteigerten Zentralisation eine gewisse Dezentralisation gesetzt und so die süd- und mitteldeutsche Produktion zusammengefaßt. Es handelt sich nicht um eine Vollfusion, sondern lediglich um eine Interessengemeinschaft, welche unter einheitlicher Führung die Ergänzungsmöglichkeiten der in dem neuen Montanblock vorhandenen Produktionsstätten besser als bisher auszunutzen will und als ein gesunder Schritt in der Richtung rationaler Betriebsführung im Interesse der gesamten Volkswirtschaft anzusehen ist.

Kleine Chronik

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ machte heute, Freitag, morgen in Friedrichshafen seine erste, anderthalbstündige Weltfliegenfahrt in diesem Jahre. Am dem Flug nahmen 12 geladene Gäste teil. Kapitän Lehmann wird auch die morgen nach Budapest führende Fahrt leiten, da Dr. Edener zur Zeit in Amerika ist. Dr. Edener wird am 7. oder 8. April nach Friedrichshafen zurückkehren, um die Führung des Luftschiffes für die erste Fernfahrt nach Ägypten zu übernehmen.

Der vom Schwurgericht Regensburg am 18. März zum Tode verurteilte Kaufmann Kurt Zeuner hat die unmittelbar nach der Urteilsverkündung eingelegte Revision jetzt zurückgezogen.

In Frankfurt a. M. überfielen am Donnerstagvormittag zwei Räuber die Filiale der Deutschen Effekten- und Wechselbank in der Mainzer Landstraße, festelten die beiden Angestellten, und versuchten, die Kasse zu rauben. Die alarmierte Polizei überwältigte die schießenden und fliehenden Räuber erst nach einem 20 Minuten dauernden Feuergefecht. Die Banditen sind ein 23jähriger und ein 24jähriger Arbeiter. Einer erhielt einen Schuß durch ein Bein.

In Wilna entstand vor einigen Wochen eine Handelsgesellschaft, die den Mitgliedern den Bau von zwei Kanälen versprach. Der eine Kanal sollte Öbingen mit Brest-Litovsk am Bug, der zweite sogar die Ostsee mit dem Schwarzen Meere verbinden. Man nahm zahlreiche Zeichnungen ganz kleiner Anteile entgegen und gab sogar eine eigene Wochenschrift heraus, die unter dem Titel „Der Kanal“ erschien. Als die Anteilbesitzer, zum Teil Erwerbslose, Arbeit verlangten, verschwanden die Unternehmer.

Der Dampfer „Leviathan“ wurde bei der Einfahrt in den Hudson bei New York durch eine Flutwelle gegen den Stapel geworfen, wodurch der Dampfer „Milwaukee“ leicht beschädigt wurde. Der Dampfer „Milwaukee“ fährt jedoch planmäßig heute mittag ab.

Keine Manöver 1931. Im Laufe des Jahres 1931 werden größere Manöver beim Reichsheer nicht stattfinden. Das Jahr 1931 ist ein sogenanntes kleines Übungsjahr. Es wird demgemäß nur in kleinen Verbänden geübt. In Aussicht genommen ist lediglich ein Landungsmanöver in Verbindung mit den Flottenübungen. Die Flottenübungen finden auch in diesem Jahre nach den üblichen festgesetzten Plänen statt.

Emil-Rudolf-Weiß-Ausstellung

in der Stadt. Kunsthalle Mannheim
(22. März bis 19. April)

Die neu gegründete Mannheimer Bibliophilen-Gesellschaft hat den „Tag des Buches“ dadurch besonders gefeiert, daß sie ihre erste Ausstellung mit einem Vortrag des bekannten, in Lahe (Baden) geborenen Malers und Buchkünstlers Professor Emil Rudolf Weiß eingeleitet hat, einem Bahnbrecher und Reformator auf dem Gebiete der Buchdruckkunst, dessen Schaffen fast schon als Selbstverständlichkeit in die große Masse der Bücherfreunde gedrungen ist. In diesem Vortrag „30 Jahre Maler und Buchgewerbetler“, dem ersten öffentlichen Vortrag, den der Künstler hielt, entwickelte er in überaus persönlicher, aber sympathisch bescheidener Art seinen Entwicklungsang als Buchkünstler. Dieses Gebiet habe er sozusagen nur „mit der linken Hand“ betrieben, während die rechte immer der Malerei gehört habe. So hat er auch in dieser Ausstellung neben die buchgefüllten Vitrinen, neben die prachtvollen Druckwerke, Schabdrücke, Bucheinbände eine Reihe seiner Gemälde aus seinen letzten Jahren beigelegt.

Professor E. R. Weiß schilderte in anschaulicher Weise, wie er eigentlich durch seine eigene Handschrift zur Typographie, zum Buchdruck kam, wie er alle Schriften studierte und allmählich erkannte, daß „Gebrauchszweck, Rohstoff und Technik“ sich zu einer Einheit vereinigten müsse, um den „Wertbestand“ zu formen. Die Schrift soll zunächst dem Zweck dienen, gelesen zu werden, deshalb Reduzierung der Gestaltung der Schrift auf eine unbedingte Grundform, wobei in Reinheit, Überzeugung und Schönheit das Wortbild optisch möglichst stark zu erfassen ist. Weiß kam hierbei in zielbewusster Selbstprüfung

Vertagung des Reichstags auf Oktober

Die letzten Abstimmungen

Der Reichstag hat am Donnerstag nach der starken Kräfteanstrengung der letzten Wochen den reichen Arbeitsstoff bewältigt und die letzten Reste erledigt, um nun bis zum 13. Oktober zu pausieren, wenigstens soweit die Plenarsitzungen in Frage kommen, die Ausschussarbeit wird noch fortgesetzt werden müssen.

Am Donnerstag wurde — wie schon gemeldet — nach kurzer Aussprache das Zollermächtigungsgesetz in dritter Beratung mit 285 gegen 82 Stimmen endgültig angenommen. Auch das Landvolk stimmte dafür, weil für den Verbraucherschutzartikel eine Kompromißfassung gefunden ist, die ihm annehmbar erschien. Dagegen stimmten nur die Kommunisten und die Wirtschaftspartei.

Endgültig angenommen wurde auch das Dürstergesetz mit dem landwirtschaftlichen Siedlungsgesetz und dem Industriebankgesetz. Beim Industriebankgesetz wurden einige Änderungen gegenüber der zweiten Lesung beschloffen. Die landwirtschaftlichen Vertreter im Ausschussrat sollen nach der neuen Fassung nicht von den landwirtschaftlichen Organisationen präferiert, sondern durch die Reichsregierung, unter Berücksichtigung der verschiedenen Betriebsformen, bestimmt werden. Die Aufgabe der Bank wird ausgedehnt auch auf die Gewährung von Krediten für allgemeine Zwecke der Wirtschaft.

Der Reichstag hat dann noch Anträge der Justizbehörden auf Strafverfolgung von Abgeordneten in etwa 30 Fällen zu erledigen. Es handelte sich in der Hauptsache um Kommunisten und Nationalsozialisten. So wurde die Vollstreckung von 180 Tagen Gefängnis für den nationalsozialistischen Abgeordneten Koch-Ottpreußen beantragt. Dieser Fall wurde mit einigen anderen dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen; der Abg. Koch wird sich also mindestens bis zum Oktober weiter der Freiheit erfreuen können. In den übrigen Fällen wurden die Anträge der Justizbehörden bewilligt.

Gegen die vom Ministerpräsidenten vorgeschlagene Vertagung bis zum 13. Oktober protestierten die Kommunisten, die schon für den April den Wiederzusammentritt des Reichstages verlangten. Abg. Esser (Zentr.) und Präsident Loh wiesen jedoch darauf hin, daß die Ausschussarbeit auch während der Sommerpause nicht ruhen werde und daß die Reichstagsmehrheit jederzeit in der Lage sei, einen früheren Zusammentritt durchzusetzen.

Der Senior des Reichstages, Abg. Dr. Raht (D. Vp.), richtete am Schluß der Sitzung unter lebhafter Zustimmung der Reichstagsmehrheit herzliche Dankesworte an den Reichstagspräsidenten Loh, dessen vorbildliche Verhandlungsleitung es dem Parlamentarismus ermöglicht habe, seine Arbeit in so befriedigender Weise wie selten vorher zu leisten.

Acht Sozialdemokraten gegen das Panzerschiff

BR. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Zu den Abstimmungen im Reichstag über die Bauarbeiten für die Panzerschiffe A und B schreibt der „Vorwärts“ unter der Überschrift: „Wieder Disziplinbruch!“. Die letzte Abstimmung über den Panzerkreuzer ergab leider wieder eine nichteinheitliche Abstimmung der sozialdemokratischen Fraktion. Acht sozialdemokratische Abgeordnete stimmten für den kommunistischen Antrag, und zwar: Graf, Kuhn, Oettinghaus, Fortune, Dr. Rosenfeld, Sehwelb, Dr. Siemsen, Ströbel. 18 Abgeordnete beteiligten sich nicht an der Abstimmung, 10 davon fehlten wegen Krankheit oder dringender Geschäfte. Die 18 Abgeordneten waren: Frau Agnes, Art, Aufhäuser, Bergmann, Dietrich, Feilner, Graupe, Krähig, Künstler, Frau Kunert, Loh, Dr. Löwenstein, Schirmer, Frau Schreiber-Krieger, Frau Sender, Stüden, Frau Wurm, Ziegler. Die 10 fehlenden Abgeordneten sind: Weims, Verubard, Crispian, Ferk, Gerlach, Jäder, Larssen, Dr. Kemmele (Baden), Streufert, Witte.

Defizit bei der Reichsbahn. Bei der Reichsbahn sind in den ersten beiden Monaten des Jahres die laufenden Ausgaben um rund 100 Millionen Reichsmark höher als die laufenden Einnahmen.

Der Preussische Landtag vertagte sich am Freitag auf den 28. April.

Disziplinarverfahren gegen nationalsozialistische Beamte. Der Reichspostminister hat, dem „Vorwärts“ zufolge, eine Telegraphenassistentin und einen Obertelegraphenbetriebsrat auf dem Fernsprechanstalt Bergmann in Berlin, die verdächtig sind, nationalsozialistische Propaganda im Dienste getrieben zu haben, zur Disposition gestellt und gegen sie das förmliche Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet. Wie das Blatt weiter berichtet, ist auch gegen den Reichstagsabgeordneten Studentent Dr. Koppelman (Berlin) vom Provinzialschulkollegium ein förmliches Disziplinarverfahren mit dem Ziele der Dienstentlassung eingeleitet worden.

Landrat von Bismark, M. d. N., zur Disposition gestellt. Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Herbert von Bismark, Rittergutsbesitzer und Landrat in Rabes (Kreis Rügenwalde, Pommern) ist, dem „B. T.“ zufolge, laut Beschluß des preussischen Staatsministeriums zur Disposition gestellt worden, weil er in einer Versammlung von der preussischen Regierung als von einer „korrupten Regierung“ gesprochen habe.

auf mannigfache an sich zwar schon bekannte Resultate, aber er führte sie konsequent in seinem Schaffen durch. So vor allem die asymmetrische Anordnung des Schabdrucks der Titelseiten, wobei die Wahl bzw. der Entwurf der Lettern, die Farbe, Rhythmus, Spannung, plastische Formung usw. starke Einfühlung in den Geist des Buches selbst voraussetzte. Interessante Ausblicke gab er der von ihm stark propagierten Idee des „vernünftigen“ Buches, des „Gebrauchsbuches“, das so klein, so handlich, so dünn wie möglich sein soll. Auch der Verfeinerung, der weichen Ränder sprach er das Wort, und nicht zuletzt einer Normalisierung der Bücherformate, um dem Chaos auf diesem Gebiete ein Ende zu machen. Hierbei sollen Luxus- und Monumentalausgaben für Liebhaber keineswegs verschwinden. An Stelle passiver Ledereinbände müsse aktive Literatur in aktiver Gestalt treten.

Die Rede dieses Künstlers war dank der individuellen Einstellung von eindringlicher Wirkung. Die interessante Ausstellung zeigt, wie stark der Künstler in das Wesen der Buchausstattung, ja man kann ruhig sagen in den Geist des Buches sich eingelebt hat. Man weilt mit großem Genuß vor diesen vorbildlichen Druckwerken und spürt die Kraft dieses eigenartigen Buchgewerblers.

Sein malerisches Schaffen zeigt gegenüber den früheren Arbeiten eine reichere farbige Palette, eine Vereinfachung der Form, ein Durchdringen des Geistes, wobei selbstverständlich die Ateliergruppe in mannigfacher Gewandung ihm reiche Ratschläge gibt. Auch in den Landschaften, ebenso in zahlreichen graphischen und zeichnerischen Arbeiten gibt Professor E. R. Weiß Zeugnis einer ernst strebenden, auf sich selbst gestellten Künstlerkraft. Die Ausstellung verdient weitestgehendes Interesse.

Die Beisehung Hermann Müllers

Die Trauerfeiern in Berlin

Am Donnerstag, am Tage der Beisehung des Reichstagspräsidenten a. D., hatten in Berlin alle öffentlichen und viele privaten Gebäulichkeiten halbmast geflaggt.

Um 4 Uhr begann im Portikus der S. P. D. die Totenfeier, die von musikalischen Darbietungen umrahmt war. Abordnungen des In- und Auslandes hatten sich zu dieser Stunde eingefunden. Der Vorsitzende der SPD, Otto Weis, sprach im „Namen des Millionenheeres der Arbeiter“. Er schilderte den Entwicklungsang des verstorbenen Freundes und Kampfgesährten. Es sprach noch Außenminister a. D. Van der Smissen (Belgien). Die Internationale werde Hermann Müller nicht vergessen.

Nach weiteren musikalischen Darbietungen trug die Totenwache des Reichsbanners den Sarg zum Leichenwagen. Darauf setzte sich der Trauerzug in Bewegung, von Angehörigen, Freunden und Bekannten des Toten begleitet. Vor der Reichstanzlei hatten sich das Diplomatische Korps, der Reichstanzler mit den Mitgliedern der Reichsregierung, die Vertreter der Länder, die Abgeordneten des Reichstages, die Beamenschaft der Reichstanzlei und zahlreiche Vertreter der Reichs-, Staats- und städtischen Behörden eingefunden. Hier hielt der Trauerzug einige Minuten, während derer der Reichstanzler im Namen der Reichsregierung einen Kranz am Sarge niederlegte und dem Verstorbenen einen letzten Gruß mit auf den Weg gab. Weitere Kränze wurden im Namen des Reichspräsidenten und des Reichsrates niedergelegt. Dann setzte sich der Zug langsam wieder in Bewegung. Bei der Vorbeifahrt am Reichspräsidentenpalais trat Reichspräsident v. Hindenburg an die Freitreppe, um dem Toten seinen letzten Gruß zu entbieten.

Der Trauerzug, der gegen 6 1/2 Uhr vor dem Reichstagsgebäude anlangte, wurde mit ehrfurchtsvollem Schweigen der auf der Freitreppe aufstellung genommenen zahlreichen Abgeordneten aller Fraktionen und der Tausenden, die den Platz umsäumten, empfangen. Reichstagspräsident Loh, der mit dem Reichstanzler und den Vizepräsidenten des Reichstages sowie Staatssekretär Dr. Weizsäcker und sämtlichen Mitgliedern des Reichstages und des Diplomatischen Korps auf der Freitreppe erschienen war, hielt tiefbewegt eine letzte Abschiedsrede von der Stätte des Wirkens des Verstorbenen aus. Er dankt ihm für alle seine Verdienste und sein Wirken und sprach die Hoffnung aus, daß das deutsche Volk in kommenden Zeiten seine Wunden lohnen und ihm Gerechtigkeit widerfahren lassen möge. Darauf befestigte der Redner einen Kranz des Reichstages am Sarge Müllers.

Nachdem das Lied vom guten Kameraden verklungen war, setzte sich der Trauerzug um 1/2 Uhr wieder in Bewegung. Mit der Entgegennahme der Beileidsbezeugungen zahlreicher Persönlichkeiten des politischen Lebens durch den sozialdemokratischen Parteivorstand in der Wandelhalle des Reichstages, fand der offizielle Teil der Trauerfeier seinen Abschluß.

Im nördlichen Berlin standen Zehntausende hinter dem Ehrenspalier des Reichsbanners, und besonders in der Nähe des Krematoriums harpte die Bevölkerung Kopf an Kopf. Hunderte umflorte Gau- und Bezirksräten setzten sich vor dem Sarge. Auf dem Friedhof bildete eine Ehrenkompanie mit brennenden Fackeln Spalier. Das Krematorium war mit einem großen Reichsadler geschmückt. Nach einem Dialog von Correll widmete Reichstagsabg. Dr. Breitfisch dem toten Freunde herzliche Worte des Abschieds. Unter den Klängen eines Adagio von Mozart glitt der Sarg in die Tiefe, begleitet vom dumpfen Trommelwirbel des Reichsbanners.

Gegen die Zollunion

Die französische Aktion geht weiter

Die Zollkommission der französischen Kammer hat am Donnerstag beschloffen, die Regierung aufzufordern, Deutschland und Österreich unter allen Umständen den Zollkrieg zu erklären, falls es zu einem endgültigen Abschluß der Zollunion komme. Die Regierung wird aufgefordert, sich energisch dem definitiven Abschluß zu widersetzen und, falls diese Intervention ohne Wirkung bleibe, sofort den deutsch-französischen und den deutsch-österreichischen Handelsvertrag zu kündigen, da diese Zollunion in formellem Gegensatz zu den internationalen Abmachungen stehe. Der Ausschuss fürberet außerdem Verhandlungen mit anderen Mächten, um sie für einen Annullierungsakt zu gewinnen.

Stimmen aus England

Im englischen Unterhaus erklärte der liberale Abg. Maclean, von den Liberalen würde es zwar begrüßt, wenn meistens eine Zollunion in Europa zum Einführen gebräugt werde. Es müsse aber bedauert werden, daß Österreich und Deutschland keine persönliche Fühlungnahme mit anderen Staaten herbeigeführt haben. Daß es sich nicht um eine den Völkerbund angehende Angelegenheit handle, sei eine Behauptung, die nicht zutrefte. Der Abg. Wise, der dem linken Flügel der Arbeiterpartei angehört, wandte sich mit scharfen Worten gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages, die die Trennung zwischen Deutschland und Österreich aufrecht erhalten wolle. Der frühere Außenminister Sir Austen Chamberlain erklärte, er glaube, die anderen Nationen, die an der Konferenz über den Zollwaffenstillstand oder an den Erörterungen über andere Vereinbarungen Europas beteiligt waren, hätten einigen Grund zur Besorgnis, wenn ein Plan dieser Art in Heimlichkeit vorbereitet werde, während die erwählten Konferenzen im Gange seien, und wenn dann die Mächte plötzlich mit einem Plan überrumpelt werde.

Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt erklärte, eine so schwierige Frage wie die des deutsch-österreichischen Zollabkommens müßte in der freundschaftlichen Atmosphäre des Völkerbundes geprüft werden. Die Regierung sei von dem Wunsch erfüllt, die ganze Tragweite des Plans sorgfältig und unparteiisch zu untersuchen.

BR. London, 27. März. (Tel.) „Daily Telegraph“ will erfahren haben, daß die britische Regierung in der Frage des deutsch-österreichischen Zollplanes eine weitere Mitteilung an die deutsche und österreichische Regierung zu senden beabsichtige. In dieser Mitteilung werde erklärt werden, daß der Völkerbundsrat für die Erörterung von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Genfer Protokoll vom Jahre 1922 zuständig sei, und daß auf Grund des Artikels 11 der Völkerbundschart jedes Mitglied des Völkerbundsrats in der Lage sei, die Aufmerksamkeit auf den österreichisch-deutschen Plan zu lenken, mit der Begründung, daß er das internationale Versprechen zu gefährden drohe.

Die „Times“ weist auf einen Wechsel im Ton der französischen Presse hin. Die Blätter, und sogar der Quai d'Orsay, müßten sich, nachdem sie den kaliblitigen Rat Henderson angehört haben, jetzt eingeleben, daß ihre ersten Schlussfolgerungen sich wohl mehr durch Schnelligkeit als durch Überlegung ausgezeichneten. Es sei wahrscheinlich, daß der deutsche und der österreichische Außenminister sich sorgfältig innerhalb der Grenzen gehalten haben, die vom Buchstaben der Verträge bezeugt sind.

Badischer Teil

Das Feldbereinigungsgesetz vor dem Landtag

(32. Sitzung)

D. B. Karlsruhe, 26. März 1931.

Eingegangen ist ein kommunistischer Antrag auf Erklärung des 1. Mai als gesetzlicher Feiertag.

In der Nachmittagsitzung tritt das Haus in die Beratung der Denkschrift des Innenministers über die landwirtschaftlichen Bodenbesitzverhältnisse in Baden und des

Gesetzentwurfes über Feldbereinigung

Die Berichterstatterin obliegt dem Zentrumsabgeordneten Haas, der sich in zweieinhalbstündigen Ausführungen über die schwierige und wichtige Materie verbreitet. Er beleuchtet die Gefahren, die eine fortschreitende Parzellierung für die Bewirtschaftung des Bodens bringt. Diese Betriebszersetzung soll durch Heraushebung der Anteilbarkeitsgrenze im Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch auf 15 Ar entgegen gewirkt werden. Erwünscht wäre zur Verhinderung der Güterzerschlagung die Einführung des freiwilligen Anerbenedes. Einen weiteren Weg weist uns das Feldbereinigungsgesetz durch die Zusammenlegung von Grundstücken, Vereinfachung des Verfahrens und Übernahme eines größeren Kostenanteils durch den Staat. Mit der Förderung der Verbesserung der Feldeinteilung und Leitung der daraus entspringenden Geschäfte, ist die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues beauftragt. Der Rechtsplegeausschuss beantragt der Vorlage zuzustimmen, verschiedene Gesetze hierdurch für erledigt zu erklären, und eine Eingabe des Vereins Badische Heimat-Freiburg zum gleichen Betreff der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. (Es handelt sich dabei um die Belange des Naturschutzes.)

Abg. Bod (Komm.) begründet darauf seinen Antrag, wonach Feldbereinigungskosten von bäuerlichen Familienbetrieben bis zur Größe von 5 Hektar nicht erhoben werden sollen.

Abg. Merk (Nat.-Soz.) erhält das Wort zur Begründung der Anträge seiner Fraktion. Sie beziehen sich auf die Zusammenfassung des in § 12 vorgesehenen Ausschusses und auf die Kostenverteilung.

Die Wirtsch. u. Bauernpartei beantragt, daß über Einwendungen auf Grund des § 5 (Bezirke Grundstücke) der Bezirksrat endgültig entscheiden soll. Im übrigen sollen die zuständigen Bezirksämter die der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues zugeordneten Funktionen übernehmen.

Der Antrag wird vom Abg. Gilbert begründet, der davor warnt, das Feldbereinigungsgesetz zu parteipolitischen Auseinandersetzungen zu benutzen. Man wolle das Gute in der Vorlage anerkennen und durch ihre Annahme der Landwirtschaft sichern.

Am 8 Uhr abends wird die Weiterberatung auf Freitag vormittag 9 Uhr vertagt.

(33. Sitzung)

D. B. Karlsruhe, 27. März 1931.

Präsident Duffner eröffnet die Vormittagsitzung mit Dankworten an den Abg. Dr. Wolfhard (Staatsp.) für die Überlassung seiner Schrift „Die Änderung des badischen Beamtengesetzes“ an die Bücherei des Landtags.

In der Aussprache über das Feldbereinigungsgesetz

spricht zunächst

Abg. Hed (Zentr.). Er dankt dem Berichterstatter für die Gründlichkeit und Sachlichkeit seines Berichts und fährt fort, die Erteilung bringe wohl Vorteile, habe aber auch ihre Nachteile. Das Anerbenede lasse sich zwar gesetzlich, also zwangsmäßig, nicht durchsetzen, und der Ausschuss sei auch nicht zu diesem Entschluß gekommen. Immerhin wäre es angelehnt der landwirtschaftlichen Bodenzerstückelung an der Zeit, in Baden die Anerbenede, das Anerbenede weiter auszubauen. Die Feldbereinigung sei mit ein Mittel zur Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, da sie zur Senkung der Produktionskosten beitrage. Auch der Staat habe ein großes Interesse an der Feldbereinigung, da hierdurch die Kosten der Katastervermessung vermindert und das Steueranlagengeschäft vereinfacht würde. Dem Gesetz komme große volkswirtschaftliche Bedeutung zu und es bringe gegenüber dem alten Zustand erhebliche Verbesserungen, auf die der Redner im einzelnen eingeht. Er knüpft daran verschiedene Wünsche und Anregungen zur Vollzugsverordnung. Eingegangen ist ein Antrag

Dr. Baumgartner (Zentr.) auf namentliche Abstimmung über das Gesetz.

Finanzminister Dr. Schmitt

führt aus: Ich brauche den Standpunkt der Regierung nach den gründlichen Darlegungen des Berichterstatters nicht zu wiederholen. Dagegen möchte ich den Zusammenhang der Not der Kleinbauern mit der Frage der Arbeitslosigkeit unterstreichen. Die Not der Landwirtschaft ist die Not des ganzen Volkes. Wenn wir den kleinen Landwirten nicht helfen, so können sich die zweiten und dritten Söhne aus dem Lande nicht mehr halten; sie wandern in die Stadt und vermehren die Arbeitslosigkeit. Die Arbeitnehmerschaft hat deshalb das größte Interesse daran, daß es den Kleinbauern gut geht. Zudem wird landwirtschaftliche Produkte einführen, bezahlen wir damit ausländische Arbeiter, wir vermindern die Arbeitslosigkeit im Ausland und unterlassen das, was wir zur Verminderung der Arbeitslosigkeit im Inlande tun müßten.

Der Minister fährt dann fort: Wir haben eine Agrarhilfe im Osten. Es ist dankeenswert, daß die Reichsregierung auch an den Westen und Baden gedacht hat. Wir haben 108.000 M für Feldbereinigung, Meliorationen usw. erhalten und hoffen, daß wir künftig mehr bekommen. Nach dem Hinweis auf die Notwendigkeit, daß Land- und Forstwirtschaft Hand in Hand gehen, hob der Minister die Bedeutung der Anteilbarkeit und Betriebsgröße für die Volkswirtschaft hervor, desgleichen die Wichtigkeit eines verständnisvollen Zusammenwirkens von Beamtenstand und Berufsständen. Bei der Frage der Siedlung handle es sich in erster Linie um die Erhaltung der vorhandenen Siedlungen.

Bei Behandlung der Parzellierungsfrage sei festzustellen, daß Baden gegenüber Württemberg günstiger dastehe. In Baden entfallen auf 1,2 Millionen Hektar 4,6 Millionen Stücke, in Württemberg dagegen 7 bis 8 Millionen. In Baden sind die Kulturarbeiten weitgehend abgeschlossen, in Württemberg bleibt noch manches zu tun. Die Vorteile der Zusammenlegung sieht der Minister in der Steigerung, Vereinfachung und Vereinfachung der Produktion und in der Hebung der Marktproduktion. Er lobt in diesem Zusammenhang die Tätigkeit der Vermessungsräte und weist weiter darauf hin, daß die Hoffnungen vom Gesetz nicht ausgefallen sei. Der Minister unterstreicht dann, wie wichtig die Erhaltung des Bauernstandes aus bevölkerungs- und staatspolitischen Gesichtspunkten sei. Je stärker die Zusammenlegung erfolge, desto mehr werde der Staat an den Kosten teilnehmen müssen. Grundsatz solle sein, möglichst große Gebiete umzulegen.

Der Minister erinnert an den hohen Wert eines guten Schulbaus für die jungen Landwirte und kommt zum Schluß auf die seitens der Bad. Landwirtschaftskammer an dem Gesetz geübte Kritik zu sprechen, die er im Interesse der Landwirtschaft bedauere. Anerkannt werde nur die Regelung der Kostenfrage; im übrigen aber äußere die Kammer unberechtigte Zweifel. Sie halte sich bei Organisationsfragen auf, während doch die Sachfragen entscheidend seien. Und hier lasse es die Landwirtschaftskammer an großzügigen Anregungen fehlen. Der Minister hofft, daß die Landwirte die Vorteile des Gesetzes nicht nur erkennen, sondern auch verspüren werden, daß der Landtag möglichst einmütig der Vorlage zustimmt, die den wesentlichen Fortschritt darstelle, der zur Zeit möglich sei.

Abg. Trinks (Sozdem.) stimmt dem Gesetz zu, wie es im Ausschuss beschlossen wurde.

Abg. Dr. Walder (D. Rp.) teilt im großen und ganzen den Standpunkt des Ministers, auch bezüglich der Geschäftübertragung an die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues. Das Gesetz veranlasse den Gedanken der Konzentration und das sei zu begrüßen. Eine schwierige Lage werde zwar nicht behoben, aber wesentlich gebessert, und darum werde man der Vorlage zustimmen.

Abg. Hügle (Staatsp.) führt die Krise der Landwirtschaft in der Hauptsache auf Absatzminderungen zurück, verursacht leider durch den übermäßigen Konsum ausländischer Lebens- und Genussmittel. Hier seien eine Gefinnungsänderung vonnöten. Dem Gesetz stimmt der Redner zu.

Abg. Osterwald (Zentr.) weist darauf hin, daß es höchste Zeit sei, einer ins Lächerliche gehenden Parzellierung zu begegnen. Er äußert verschiedene Wünsche für die Durchführung des Gesetzes und hofft, daß recht viele Gemeinden mit der Vergrößerung der 66prozentigen Kostenübernahme durch den Staat befreit werden.

Abg. Hagin (Wirtsch. u. Bauernp.) führt aus, wenn das Gesetz draußen populär werden soll, so werde dafür entscheidend sein, der Einfluß der bäuerlichen Bevölkerung und die Kostenfrage. Es bedürfe einer verständnisvollen individuellen Behandlung des Einzelfalles durch die zuständigen Beamten. Wenn man beantrage, die Bezirksämter mit den Aufgaben der Feldbereinigung zu betrauen, so geschehe es, weil sich die Zusammenarbeit mit dem Bezirksamt in Kulturfragen stets bewährt habe, weil diese Behörden am nächsten liege und sich bei diesem Instanzenwege Kosten ersparen ließen. Der Antrag bedeute keineswegs ein Mißtrauen gegen die Oberdirektion.

Abg. Engelhard (Zentr.) verspricht sich vom Gesetz eine segensreiche Wirkung für die Entwicklung der Landwirtschaft.

Abg. Dr. Brähler (D. Natl.) anerkennt den hohen Wert des Feldbereinigungsgesetzes. Die Person des Präsidenten der Oberdirektion bürge wohl dafür, daß keine bürokratische Handhabung stattfindet. — Auch

Abg. Bergsch (So. Volksp.) erklärt seine Zustimmung zum Gesetz.

Damit ist die allgemeine Debatte beendet.

Berichterstatter Abg. Haas (Zentr.) hebt nochmals die außerordentliche Bedeutung des Gesetzes hervor, das zum Segen für Volk und Vaterland ausfallen möge.

Abg. Bod (Komm. P.) setzt sich in einem längeren Schlusswort mit den Gegnern der kommunistischen Forderungen auseinander.

Die Abg. Merk (Nat.-Soz.) und Gilbert (Wirtsch. u. Bauernp.) verzichten auf das Schlusswort.

Nach persönlicher Bemerkungen der Abg. Markloff (Soz.) und Dr. Brähler (D. Natl.) wird um 1 Uhr die Sitzung abgebrochen.

Die Abstimmung findet am Nachmittag statt. — Sitzungsbeginn bereits um 3 Uhr.

Benutzung von Schnellzügen auf Sonntagsrückfahrkarten zu Ostern

Die Sonntagsrückfahrkarten gelten zu Ostern zur Hin- und Rückfahrt vom Gründonnerstag bis Dienstag nach Ostern 9 Uhr.

Schnellzüge können in diesem Jahre ausnahmsweise mit Sonntagsrückfahrkarten zur Hin- und Rückfahrt am Karfreitag, an den beiden Ostertagen und am Tage nach Ostern benutzt werden. Dagegen ist die Benutzung von Schnellzügen mit Sonntagsrückfahrkarten am Gründonnerstag und Karfreitag ausgeschlossen.

Osterverkehr auf der Reichsbahn

Die Reichsbahn hat zur Bewältigung des Osterverkehrs besondere Maßnahmen getroffen. So sind im Bezirk der Reichsbahndirektion Karlsruhe in der Zeit vom Gründonnerstag bis Dienstag nach Ostern rund 130 Ergänzungszüge vorgesehen, die als Vor- oder Nachzüge zu fahplanmäßigen Zügen verkehren. Dabei werden bei einzelnen Schnellzügen, die Wagengruppen nach verschiedenen Zielstationen führen, diese Gruppen schon vor der planmäßigen Abzweigung getrennt und als selbständige Züge (Vor- oder Nachzüge) durchgeführt. Eine Anzahl weiterer Ergänzungszüge verkehrt nach Bedarf, auch sind die Bahnhöfe am Orte der Reichsbahn-Betriebsämter ermächtigt, in dringenden Fällen weitere Ergänzungszüge, Personen- und Schnellzüge einzulegen. Züge, zu denen Ergänzungszüge nicht vorgelesen sind, werden bis zur Höchstgrenze verstärkt. Vorzüge dürfen zur Aufnahme des Anschlusses verspäteter Anschlusszüge nicht zurückgehalten werden.

Zur raschen Abwicklung des Verkehrs auf den Bahnhöfen und bei den Zügen wird auch das Bahnhofs- und Zugbegleitpersonal entsprechend verstärkt.

Nähere Auskunft geben die Bahnhöfe.

Aus der badischen Landwirtschaft

Bulgarische Bauernsöhne in der Pfalz und in Baden. Der Deutschen Akademie gelang es, mit Unterstützung des Bayerischen Staatsministeriums für Landwirtschaft und Arbeit und der Badischen Landwirtschaftskammer in Karlsruhe, 30 bulgarische Bauernsöhne im Alter von 18 bis 20 Jahren in bäuerlichen Betrieben in der Bayerischen Pfalz und in Baden auf die Dauer von einem Jahr unterzubringen. Die jungen Bulgaren, die gegen freie Unterkunft und Verpflegung ohne besondere Vergütung arbeiten, sollen sich mit den Methoden der deutschen Landwirtschaft (Weidwirtschaft, Getreidebau, Obst-, Wein- und Tabakbau) vertraut machen.

Die Hybridzüchter schließen sich zusammen. Dieser Tage beschlossen die Hybridzüchter des Ostales, sich zusammenzuschließen. Es wurde eine Ortsgruppe der Genmarkung Baden-Baden gegründet, die in Gemeinschaft mit den Hybridzüchtern der Gemeinde Singheim arbeiten wird. Auch in Wühl und in anderen Orten Mittelbadens wurden bereits Organisationen gegründet, die den Züchtern, den Kampf gegen das Verbot des Anbaues der Amerikaner zu weiterzuführen.

Tagung des Bauernvereins. Der erweiterte Vorstand des Badischen Bauernvereins hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, im Monat Mai in Offenburg seine diesjährige Mitgliederversammlung abzuhalten.

Badischer Städtebund

Der Badische Städtebund (Verband der mittleren Städte Badens) hielt vor einigen Tagen im Rathaus zu Karlsruhe unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Kemmer eine von zahlreichen Bürgermeistern des Landes besuchte Ausschußsitzung ab.

Die Tagung befaßte sich vor allem mit den großen Schwierigkeiten, denen die Aufstellung der Voranschläge für das Rechnungsjahr 1931 namentlich infolge der ungeheuren angewachsenen Fürsorgekosten überall begegnet. Der Städtebund richtet erneut an die badische Regierung die dringende Bitte, sich nachdrücklich dafür einzusetzen, daß eine Neuregelung der Fürsorge für die Wohlfahrtsverbände unter Beteiligung des Reiches und der Länder an der Aufbringung der Unterstützungsmittel unverzüglich erfolgt. Es wurde sodann festgestellt, daß Baden mit der auf 1. April 1931 eintretenden Senkung der Realsteuern, und zwar der Grundsteuer um 4 Prozent und der Gewerbesteuer um 8 Prozent, erheblich weitergehe als die meisten anderen Länder. In Württemberg und Bayern werde von einer Senkung der Realsteuern auf Grund gewisser Ausnahmvorschriften überhaupt Umgang genommen.

Gegen den Fortbestand des zur Prüfung von Kommunalanleihen gebildeten Kreditausschusses bestehen keine Bedenken. Den Vorschlägen des Verwaltungsrates der Versicherungsanstalt für Gemeinde- und Körperlichkeitsbeamte für eine Änderung des Versicherungsgesetzes stimmte die Versammlung im wesentlichen zu, um die weitere Leistungsfähigkeit der Anstalt sicherzustellen und einer mißbräuchlichen Inanspruchnahme von Versicherungsleistungen nach Möglichkeit vorzubeugen.

Hygienischer Schulungskurs für männliche Erwerbslose

Im Haus der Gesundheit in Karlsruhe fand in der Zeit vom 10. Februar bis 13. März 1931 ein hygienischer Schulungskurs statt, an dem 115 männliche Erwerbslose regelmäßig teilnahmen. Der Kurs fand dreimal wöchentlich, insgesamt an 15 Vormittagen statt und umfaßte Unterrichtsstunden über folgende Gebiete: Körperpflege im täglichen Leben, Einflüsse der Kultur auf die Gesundheit, Hygiene der Ernährung, Alkohol und der menschliche Körper, Alkoholismus in sozialer Beleuchtung, Mittel und Wege zur Bekämpfung des Alkoholismus, erste Hilfe bei Unfällen, Vorbeugung vor Krankheiten, Tuberkulose, Geschlechtskrankheiten, Geschwulstkrankheiten, Vorbeugung vor Krüppelkrankheiten, Pfigische Hygiene, Hygiene der Leibesübungen, Erblehre und Erpflöge (Eugenik), Gefahren des Kumpfschertums, Rechtsfragen zum Schutze der Minderjährigen.

Als Lehrkräfte hatten sich Fachärzte aller Gesundheitsfürsorgeverbände freiwillig zur Verfügung gestellt und ihre Mühe wurde durch die rege Anteilnahme und das lebhafteste Interesse aller Kursteilnehmer reichlich belohnt. Mit Hilfe der Karlsruher Rotgemeinschaft konnte in der Pause regelmäßig ein Frühstück, bestehend aus Malzlatte mit Milch, Zucker und Brotchen, verabreicht werden.

Der erste Versuch eines solchen Kurzes kann als vorzüglich gelungen und auch andern Städten zur Nachahmung wärmstens empfohlen werden.

Kirchendiebstahl

Am Jahresende 1930/31 wurde aus einer Kirche bei Weitenfeld in Rärnten (Österreich) ein buntes Glasgemälde von hohem Werte, 42/8 cm groß, die heilige Maria Magdalena darstellend, gestohlen. Für die Verbringung des Gemäldes ist eine Belohnung von 2000 Schilling, und für Angaben, die zur Ermittlung der Täter führen, 1000 Schilling ausgesetzt, deren Verteilung unter Ausschluß des Rechtsweges erfolgt. Um sachdienliche Mitteilungen ersucht das Bad. Landespolizeiamt in Karlsruhe.

Kriegsopfertagung in Baden-Baden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegserhinterbliebenen hält am 6. und 7. Juni d. J. in Baden-Baden seinen 9. ordentlichen Goutag im Sängersaal Aurelia ab. Zahlreiche Delegierte aus ganz Baden werden an der zweitägigen Tagung teilnehmen. Am Samstag, den 7. Juni, findet im Rahmen des Goutages eine große Kundgebung statt. Der Goutag wird sich mit besonders beachtlichen Fragen der Kriegsversorgung und der Fürsorge für die Opfer des Krieges beschäftigen und daneben zu einer Reihe grundsätzlicher Fragen der Organisation des Reichsbundes Stellung nehmen.

Einschränkung des Freiburger Straßenbahnverkehrs. In Anpassung an den starken Verkehrsrückgang der Straßenbahn in Freiburg soll zur Verminderung der Ausgaben mit Wirkung vom 1. April bis auf weiteres an Stelle des fünf- und zehnminütigen Verkehrs ein Sechs- und Zwölfminutenverkehr treten.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

| | 27. März | | 28. März | |
|--------------------|----------|--------|----------|--------|
| | Geld | Brief | Geld | Brief |
| Amsterdam 100 G. | 168.05 | 168.39 | 168.07 | 168.41 |
| Kopenhagen 100 Kr. | 112.13 | 112.35 | 112.13 | 112.35 |
| Italien 100 L. | 21.96 | 22.200 | 21.955 | 22.995 |
| London 1 Pfd. | 20.365 | 20.405 | 20.369 | 20.409 |
| New-York 1 D. | 4.1915 | 4.195 | 4.1920 | 4.2000 |
| Paris 100 Fr. | 16.39 | 16.53 | 16.398 | 16.438 |
| Schweiz 100 Fr. | 80.655 | 80.815 | 80.64 | 80.80 |
| Wien 100 Schilling | 58.92 | 59.904 | 58.935 | 59.055 |
| Prag 100 Kr. | 12.42 | 12.44 | 12.422 | 12.442 |

Der Londoner Feingoldpreis. Nach einer Bekanntmachung des Reichsbankdirektoriums vom 25. März d. J. beträgt der Londoner Goldpreis für eine Unze Feingold bis auf weiteres 84 sh 10¹/₂ d bzw. für ein Gramm Feingold 32,7335 pence.

Von den Börsen

Die Börse befindet sich mitten in den Vorbereitungen für den Abrechnungstag, so kam es, daß die Tendenz sich uneinheitlich gestaltete. Man zeigte wenig Neigung zu Neueingagements und nahm teilweise kleine Realisationen vor. Die bekannt gewordenen Dividendenrücklagen der Berliner Großbanken entsprachen den ungefähren Schätzungen der Börse, die trotz des erheblichen Dividendenrückganges die Abschlüsse eher günstig beurteilte. Das Publikum und insbesondere das Ausland beteiligten sich noch am Geschäft und verursachten zu Beginn der Woche Befestigungen. In einigen Aktien scheint auch zeitweise Stüdemangel zum Ultimo ausschlaggebend für die Befestigung gewesen zu sein. Bemerkenswerterweise beachtete die Börse die normale Erledigung des Reichsetats wenig, dagegen reagierte sie auf die Widerstände der ehemaligen Entente gegen das deutsch-österreichische Zollabkommen. Im großen und ganzen zeigten die Kurse gegenüber der Vorwoche nur wenig Veränderungen. Für Elektrowerte bestand lebhaftes Interesse. Anleihen lagen etwas fester. Im allgemeinen zeigte der Rentenmarkt seine bekannte feste Haltung.

Die Landesbank für Haus- und Grundbesitz, Karlsruhe, hält morgen, Samstag, den 28. März, ihre 7. ordentliche Generalversammlung ab. Über das sechste Geschäftsjahr 1930 berichtet der Vorstand u. a.: Wenn trotz der allgemeinen wirtschaftlichen Notlage im Mittelstand das Institut auch im vergangenen Jahr einen weiteren Aufstieg verzeichnen kann, so ist dies in erster Linie dem Vertrauen der Mitglieder und Geschäftsfreunde zu verdanken, welche der Genossenschaft wie bisher die Geldmittel zur Verfügung stellten, um die darniederliegende Wirtschaft zu unterstützen. Die Mitgliederzahl stieg von 1816 mit 1834 Anteilen auf 1653 mit 1928 Anteilen. Das einbezahlte Geschäftsguthaben erhöhte sich auf 628 841 Reichsmark, während die Betriebsmittel auf 7 639 216 RM angewachsen sind. Der Umsatz auf einer Seite des Hauptbuches betrug 110 705 686 RM, gegen 129 611 316 RM im Vorjahre. Der Rückgang mit etwa 19 Millionen Reichsmark ist neben dem schlechten Geschäftsgang vornehmlich auf die geübte Zurückhaltung in der Kreditgewährung zurückzuführen. Die Spar- und sonstigen Einlagen, welche das Vertrauen zur Bank widerspiegeln, erhöhten sich auf 6 833 184 RM gegen 6 130 345 RM im Vorjahre. Die Genossenschaft war in der Lage, auf die in Höhe von 5 Millionen Reichsmark eingereichten Hypothekensuche rund 2 Millionen Reichsmark zur Auszahlung zu bringen. Die Zinsbedingungen haben sich gegenüber dem Vorjahre etwas günstiger gestaltet. Es wurden für gute Objekte 7,5 Prozent Zins bei einer Auszahlung von 95 Prozent oder 8,5 Prozent bei 97 Prozent Auszahlung, von Privat- 9 Prozent bei 99 Prozent Auszahlung verlangt. Die Zinsen für zweifelhafte Hypotheken, soweit solche überhaupt zu erhalten waren, stellten sich immer noch auf 10-12 Prozent. Von dem Gewinn von 83 179,96 RM, sollen 9 Prozent Dividende auf die bis Ende Juni des Geschäftsjahres und 7 Prozent Zinsen für die nach diesem Zeitpunkt einbezahlten Geschäftsanteile verteilt, 52 948 RM, die gesetzliche Rücklage um 16 130 RM, vergrößert, an den Bankgebäuden 6420 RM, an den Einrichtungsgegenständen 5981,30 RM, abgeschrieben und auf neue Rechnung 1750,96 RM, vorgetragen werden.

Badische Pferdeversicherungsanstalt AG, Karlsruhe. Die Dividende ist auf 6 Prozent festgesetzt worden. Die Prämien-einnahmen 1930 betragen 1,30 Millionen Reichsmark gegen 1,31 Mill. RM im Vorjahre. In der Bilanz erscheinen u. a. neben 326 004 RM Prämienbeiträge und Schadenersatzver-hypotheken von 26 000 RM.

Commerz- und Privatbank. In der Aufsichtsratsitzung der Commerz- und Privatbank AG, Hamburg-Berlin wurde beschlossen, der auf den 28. April einzuberufenden General-versammlung die Verteilung einer Dividende von 7 Prozent (11 Prozent im Vorjahre) vorzuschlagen.

Gemeinderandschau

Die neuesten Ergebnisse der Einkommensteuer- veranlagung im Steuergebiet Karlsruhe

Nach den Veranlagungen bis 1928 ergibt sich folgendes Bild: Bei den Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft ergaben sich im Stadtgebiet Karlsruhe 177 Pflichtige mit einem Einkommen von rund 332 000 RM. Dabei ist zu beachten, daß im Reich von Jahr zu Jahr ein Rückgang bei den Pflichtigen und Beträgen zu verzeichnen ist. Die Einkünfte aus Gewerbebetrieb ergaben bei 6145 Pflichtigen insgesamt 28 356 000 Reichsmark Einkommen und damit die höchsten Anteile für Pflichtige und Beträge. Auch hier dürften infolge der schlechten Wirtschaftslage und der großen Arbeitslosigkeit die Zahlen sich inzwischen verringert haben. Auch bei den Anteilen der Einkünfte aus sonstiger selbständiger Berufstätigkeit ist seit 1927 ein Rückgang zu bemerken. In unserem Gebiet wurden 1007 Pflichtige gezählt mit einem Einkommen von 5 040 000 RM.

Bei den Einkünften aus nicht selbständiger Arbeit verzeich-net die Einkommensteueranmeldung von 1928 1085 Pflicht-ige mit einem Einkommen von 14 335 000 RM. — Die An-teile der Einkünfte aus Kapitalvermögen betragen bei 1704 Pflichtigen insgesamt 4 521 000 Reichsmark. — Bei Vermietung und Verpachtung kommen 2344 Pflichtige mit 2 351 000 Reichsmark in Frage. — Andere wiederkehrende Bezüge umfassen 117 Pflichtige mit 266 000 RM. 1928 hatten im Stadtgebiet Karlsruhe insgesamt 8529 Pflichtige ein Einkommen von 50 895 000 Reichsmark. Dagegen betrug das der Besteuerung unterworfenene Einkommen (nach Abzug des steuerfreien Ein-kommensanteils) und der Ermäßigung für Familienangehör-igen bei 7771 Pflichtigen insgesamt 40 953 RM. — Bei 7746 Einkommensteuerverpflichtigten betrug die festgesetzte Steuer 6 179 000 RM.

Der Bürgerausschuß Gernsbach hat den Voranschlag für 1930/31 abgelehnt, weil er mit der Biersteuer bequidat war, für die eine Mehrheit nicht zu haben war.

Die Baukostenüberschreitungen beim Reher Oberrealschul- und Krankenhausbau werden jetzt vom Gemeinderat ver-öffentlichet. Sie betragen bei der Oberrealschule rund 13 800 Reichsmark und beim Krankenhaus 99 600 Reichsmark. Hier-von sind rund 53 000 Reichsmark durch Gemeinderatsbeschlüsse gedeckt. Der Bürgerausschuß muß nun noch einen Nachtrags-kredit bewilligen.

Am das Kohlenbergwerk Diersburg-Berghaupten. Gelegent-lich einer Bürgermeisterversammlung der an Kohlenbergwerk Diersburg-Berghaupten interessierten Gemeinden wurden Eingaben an die Handelskammer Lahr, den Kreisrat Offen-burg, das Bezirksamt Offenburg und das Bergamt in Karls-ruhe gerichtet, in denen darum gebeten wird, die Frage des Aufschlusses der Kohle erneut eingehend zu prüfen, falls das Ergebnis positiv ist, dafür zu sorgen, daß das Bergwerk wie-der in Betrieb genommen wird.

Gemeinderatswahlen in Hohenheim. Da die Gemeinde-ratswahlen von Hohenheim (bei St. Blasien) für ungültig erklärt wurden, mußten sie nachgeholt werden. Am Sonntag stimmten 221 von 268 Wahlberechtigten ab. Das sind rund 83 Prozent Wahlbeteiligung. Sieben sogenannte unpolitische Wahlvorschlagslisten waren eingereicht worden. Sechs Ge-meinderäte waren zu wählen. Auf sechs Listen wurde je ein Kandidat gewählt, eine Liste ging leer aus.

Ermäßigung der Kurtaxe in St. Blasien. Der Gemein-de-rat St. Blasien hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, die Kurtaxe für die Sommerzeit um 15 Proz. und für die Winter-zeit um 12,5 Proz. zu ermäßigen.

Aus der Landeshauptstadt

Totale Mondfinsternis am 2. April. Bei dem am 2. April 1931 eintretenden „Osterboombomb“ gelangt unser Krabant in den Schatten der Erde und wird dadurch total ver-finstert. Bei klarem Wetter kann das Himmelsereignis in Südwestdeutschland in seinem ganzen Verlauf bequem beob-achtet werden. Der Mond geht etwa 18.50 Uhr auf und um 19.23 Uhr beginnt der südliche Mondrand in den Kern-schatten der Erde einzulaufen. Der Schatten schiebt sich dann weiter auf der Mondfläche. Um 20.22 Uhr ist die ganze Mondfläche im Erd Schatten: die Totalität hat be-gonnen. Doch verschwindet der Mond nicht völlig vom Him-mel, vielmehr leuchtet er meist noch in tiefgelbem oder kupfer-rottem Licht. Schließlich verläßt um 22.52 Uhr der Kernschat-ten völlig die Mondoberfläche, der Halbschatten verläßt sie um 23.48 Uhr.

Einladung nach Amerika. Prof. Wilhelm Spannate an der Technischen Hochschule Karlsruhe ist vom Massachusetts Institute of Technology in Cambridge (U.S.A.) eingeladen worden, dort Gastvorlesungen zu halten und ein Laboratorium für Turbinenpumpen und Propeller einzurichten.

Badisches Landestheater. In Franz Werfels Tragödie eines Führers „Das Reich Gottes in Böhmen“, dessen Erstauffüh-rung am Samstag, den 28. März, stattfindet, wirkt das ge-samte Herrenpersonal des Schauspielers nebst den Damen Bertam, Frauendorfer, Nyhoff und Schreiner u. a. mit. Außerdem beanspruchen die Volks- und Massenorgane die Mit-wirkung des gesamten Chors und einer umfangreichen Statist-kerie. — Die Bühnenbilder wurden von Torsten Hedt und die kostümliche Ausstattung von Margarete Schellenberg er-stellt. — Regie: Felix Baumbach.

Die Matthäuspassion Johann Sebastian Bachs wird am kommenden Karfreitag von der Karlsruher Chorvereinigung aufgeführt. Der Vorverkauf hat bereits begonnen. Karten zu 1, 1,50, 2 und 3 RM sind bei folgenden Vorverkaufsstellen zu haben: Gerarde Nummern bei der Musikalienhandlung Fritz Müller, Kaiserstraße, und Musikantstelle II des Verkehrsvereins, Kaiserstr. 159, Eingang Mitterstraße; ungerade Num-mern bei der Musikalienhandlung Tafel, Kaiserstr. 82a, und Zigarrenhaus Töpfer, Kriegsstr. 3a und Georg-Friedrich-Straße 25.

Bericht der Bad. Landeswetterwarte, Karlsruhe, von heute morgen: Das europäische Hochdruckgebiet behält seinen Ein-fluß auf unser Gebiet und führt uns den Fortbestand des trockenen Wetters. — Voraussage: Fortdauer der bestehenden Witterung.

Wasserstände: Waldshut 340 —11, Basel 162 —13, Schu-sterinsel 230 —16, Rehl 375 + 1, Marau 571 + 3, Mann-heim 509 + 3, Caub über 200 Zentimeter.

Kurze Nachrichten aus Baden

Zwei Freizeitanlagen gegen die „Arbeiter-Zeitung“

Bad. Mannheim, 27. März. Das Schwurgericht verhandelte zwei Anklagen gegen die „Arbeiter-Zeitung“. Zunächst han-delte es sich um einen Artikel in der Nummer vom 31. Jan-uar 1931, in dem die Kirche eine Verdummungsanstalt und Unterdrückungswerkzeug genannt wurde. Redakteur Gustav Suck erklärte sich für den Artikel verantwortlich, obwohl er ihn nicht selber geschrieben habe. Das Gericht erkannte auf die vom Staatsanwalt beantragte Geldstrafe von 300 Reichsmark, an Stelle von 4 Wochen Gefängnis. — In einem Sitzungsbericht über den Badischen Landtag vom 20. November 1930 wurden von diesem Beleidigungen formeller und tat-sächlicher Art gefunden und auf Beschluß des Landtags Straf-antrag gestellt. Das Gericht sprach, ebenfalls dem Redakteur Suck, entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts, eine Ge-fängnisstrafe von 6 Wochen aus. Der Urteilstenor ist in der „Karlsruher Zeitung“ und in der „Arbeiter-Zeitung“ zu veröffentlichen.

Zu den Taten des Herrn Baron von Schellersheim

Bad. Baden-Baden, 27. März. (Tel.) Nachdem nun die zahlreichen Gläubiger des Betrügers von Schellersheim eine erste Besprechung gehabt haben, hat sich die Lage etwas ge-klärt. Die Zahl der Gläubiger des Verbetriebs darf auf 30 bis 35 geschätzt werden. Ihre Forderungen betragen sich auf etwa 15 000 RM. Hauptgläubiger sind die Bank, die über Sicherheiten verfügt, der Weinlieferant (3000 RM), der Architekt (1000 RM) und der Gärtner (2000 RM). Ferner sind hineingelegt das Personal, der Metzger, Maler, Installateure, Zimmermann usw.

Der Herr Baron war zeitweise so insolvent, daß er sein Dienstpersonal um Geld und Zigaretten anknippen mußte. Wie groß der Kreis der Betroffenen ist, geht am besten aus der Tatsache hervor, daß die monatlichen Telefonrechnungen sich auf 300 RM, und mehr zu beziffern pflegten und daß täglich 50 bis 60, in einem Monat 1500 Trostbriefe hinausgingen. Der Erwerb des hiesigen Anwesens erfolgte, ohne daß die Eheleute Schellersheim selbst einen Pfennig Bargeld dabei riskierten. Die Gläubigerversammlung war von dem früheren Teilhaber und Geschäftsführer einberufen, der 17 000 Reichsmark Bargeld in den Betrieb gesteckt und eine Bank-verpflichtung von rund 10 000 RM zu tragen hat. Dieser Teilhaber will versuchen, den Betrieb weiterzuführen.

Mannheim, 26. März. Nach Blättermeldungen mußten infolge der beträchtlichen Erhöhung des Hundesteuerfußes in Mannheim auf 60 M im Laufe der letzten drei Jahre zirka 3000 Tiere getötet werden, da deren Besitzer nicht mehr in der Lage waren, die Steuer aufzubringen. Nach dem Haushalts-plan sind im vergangenen Jahr die Einnahmen aus der Hunde-steuer gegen 1929 um rund 85 000 M zurückgegangen.

Dr. Seidelberg, 26. März. Der langjährige Leiter der Dia-sonienhauskapelle, Max Seidelberg, ist gestern im Alter von 80 Jahren gestorben. Kammerer hat als Missionar der Basler Mission in jungen Jahren im Ausland, insbesondere in China, Herborragen geleistet. Er stammte aus St. Georgen im Schwarzwald.

Dr. Freiburg i. Br., 26. März. Auf Grund eines Beschluß-fes der Regierung wurden ab heute die Preise für Werk-stätten und geräucherter Speck teilweise bis zu 20 Pf. das Pfund gesenkt.

Dr. Donaueschingen, 26. März. Der Nappeggerhof bei Langenbach brannte gestern nachmittags völlig nieder. Nur das Vieh konnte gerettet werden. Der Schaden wird auf 40 000 Reichsmark geschätzt. Brandursache ist noch unbekannt.

Das staatl. Kurparkbad in Badenweiler ist vom 30. März an täglich geöffnet. Den Kurgästen stehen folgende Bäder zur Verfügung: Thermalbäder, Fichtennadelbäder, Kaltwasserbehandlung, Biergallenbäder, Elektr. Licht- und Wasserbäder, Koppfischbad, Södenbäder, Schwed. Heilgymnastik, Thermalwasserbäder so-wohl im freien wie im geschlossenen Raum, Dampfbäder, Dufsch-massage, Kango, Moorbäder, Schwefel- und Heublumenbäder.

Staatsanzeiger

Dem Bankgeschäft A. Mallin in Berlin wurde die Erlaub-nis zum Losbetriebe (18. Volkswohlflosterie) in Baden erteilt. Karlsruhe, den 25. März 1931.
Der Minister des Innern
J. S.: Weigel.

**STAATL. MARKGRAFENBAD
BADENWEILER**
vom 30. März an wieder geöffnet.

Ihre Osterschuhe
kaufen Sie
in nur erstklassiger Ware
bekannt idealen Paßformen und in riesiger Auswahl
preiswert im
Reformhaus Neubert, Karlstraße 29a
Die richtige Einkaufsquelle für empfindliche Füße

Autofahrer!
Weine nicht, wenn dir mal ein Reifen bricht; schick in unverbindlich her, ob er noch zu machen wär, und wenn nicht, hol' gar nicht teuer
neue Reifen
bei
A. MAIER
Vulkanisieranstalt • Kreuzstraße Nr. 22
Weckstatt Markgrafenstraße 33, Tel. 6324
Prompte Bedienung auch nach auswärts!

Anzeigen in der
Karlsruher Zeitung
(Bad. Staatsanzeiger)
haben großen Erfolg

Badisches Landestheater
Samstag, 28. März 1931
*C19. Th.-Gem.-III. S.-Gr.
1. Hälfte
Zum erstenmal
**Das Reich Gottes
in Böhmen**
Tragödie von Franz Werfel
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Bertam, Frauendorfer,
Genter, Nyhoff, Schreiner,
Selling, Gebeisen, Brand,
Dahlen, Graf, Herz, Hiert,
Höder, Hopf, Just, O.
Stienscherf, Moebke, Kuhne,
Luther, Mehner, Müller,
Präter, Schneider, Schulze,
v. d. Trend, S. Müller,
Vindemann, S. Stienscherf,
Grimm
Anfang 19½, Ende 22½
Preise A (0,70-5 RM)
So. 29. 3. Tiefkand. Im
Ritzhs.: Keine Vorstellung.
Druck G. Braun, Karlsruhe.

Bezirkssparkasse Murg-Laufenburg
Öffentliche Verbands-Sparkasse
Bilanz per 31. Dezember 1930

| Vermögen | RM | Verbindlichkeiten | RM |
|---|---------------------|------------------------------------|---------------------|
| 1. Kassenbestand | 14 010,44 | 1. Spareinlagen | 1 733 644,24 |
| 2. Guthaben bei Banken, Girozentralen und beim Postsparkamt | 473 239,07 | 2. Aufwertungs-spareinlagen | 153 839,56 |
| 3. Wechsel | 141 110,08 | 3. Giro- und Kontokorrent-Einlagen | 244 450,38 |
| 4. Darlehen a. Hypotheken | 1 249 205,— | 4. Anlehenskapitalien | 623 949,45 |
| 5. Darlehen in lfd. Rech-nung an Private | 431 805,62 | 5. Rücklagen: | |
| 6. Grundstückskaufgelder | 48 330,— | Gesetzl. Reservefonds | 118 114,76 |
| 7. Lombarddarlehen | 6 320,— | vom Jahre 1930 | 36 962,38 |
| 8. Schuldscheindarlehen gegen Bürgschaft | 129 003,48 | | |
| 9. Darlehen an Gemeinden und Körperschaften | 225 119,30 | | |
| 10. Aufwertungsfordernng. | 74 492,41 | | |
| 11. Aufwertungskonto | 71 795,96 | | |
| 12. Einnahmerückstände | 23 039,41 | | |
| 13. Gebäude u. Grundstücke | 21 490,— | | |
| 14. Gerätschaften | 2 000,— | | |
| auf | 2 910 960,77 | auf | 2 910 960,77 |

Berechnung der Rücklagen:
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 1 978 100,— RM Einlagen = 158 300,— RM
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1929 = 155 077,14 RM
Somit weniger = 3 222,86 RM
Murg-Baden, den 17. März 1931. R. 368

Der Verwaltungsrat:
Der Vorsitzende: Der Geschäftsleiter:
Graf. Dülq.